

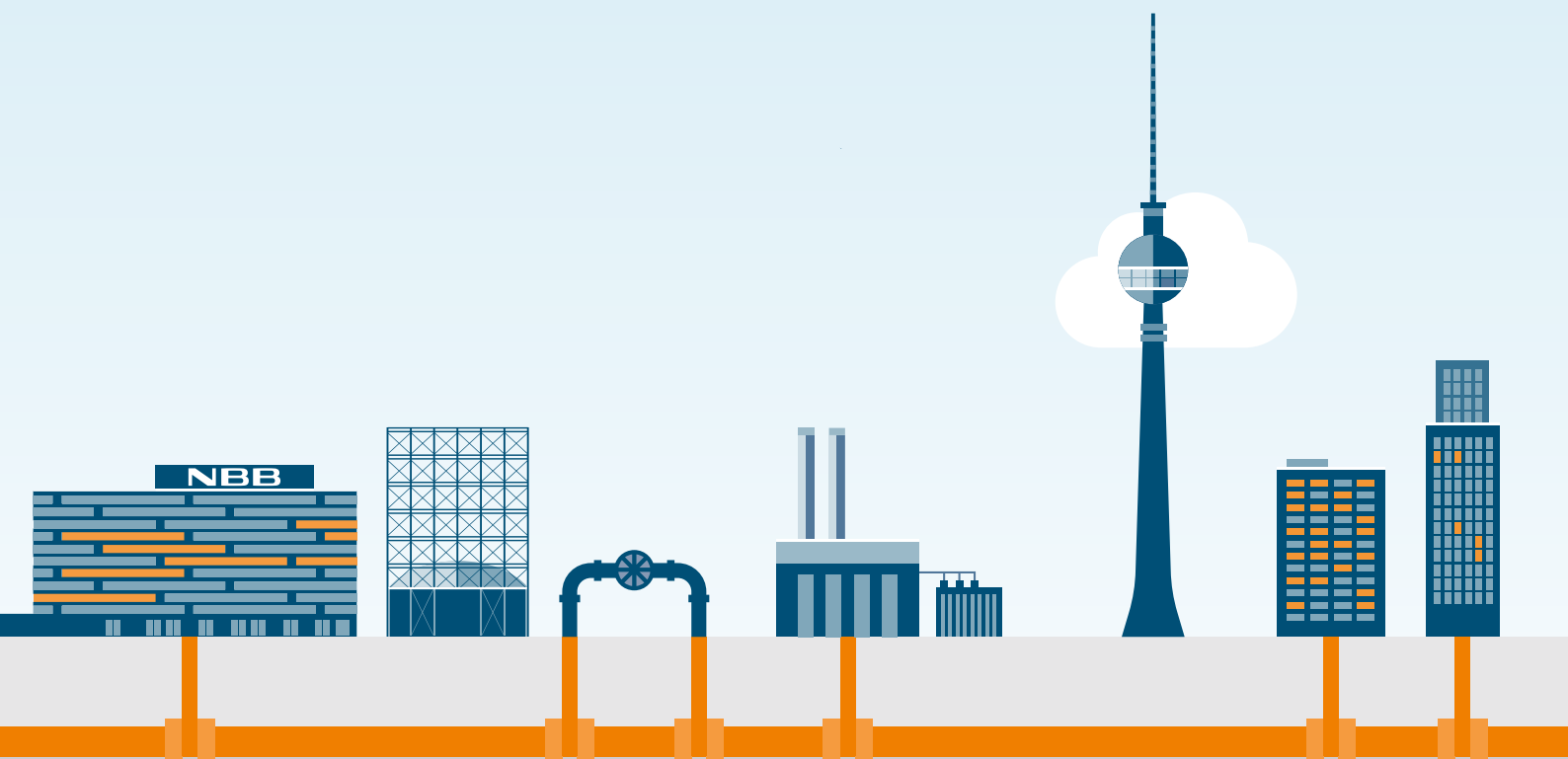


**NETZGESELLSCHAFT
BERLIN-BRANDENBURG**

Ein Unternehmen der GASAG-Gruppe

GESCHÄFTSBERICHT 2021

**NBB Netzgesellschaft Berlin-
Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin**



GESCHÄFTSBERICHT 2021

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin

Inhaltsverzeichnis

LAGEBERICHT	3
DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN, FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2021	
JAHRESABSCHLUSS	18
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2021	
BILANZ	19
ZUM 31. DEZEMBER 2021	
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	20
FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01.-31.12.2021	
ANHANG	21
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2021	
ANLAGENSPIEGEL	37
FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01.-31.12.2021	
TÄTIGKEITSABSCHLÜSSE	38
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2021	
BESTÄTIGUNGSVERMERK	42
IMPRESSUM	47

LAGEBERICHT 2021

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin

Inhaltsübersicht

1. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS	4
GESCHÄFTSMODELL	4
2. WIRTSCHAFTSBERICHT	5
2.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE UND BRANCHENBEZOGENE RAHMENBEDINGUNGEN	5
2.2 ENERGIEPOLITISCHE UND RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	5
2.3 GESCHÄFTSVERLAUF	6
2.4 TÄTIGKEITSABSCHLUSS VERTEILUNG	8
3. ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE	9
3.1 ERTRAGSLAGE	9
3.2 FINANZLAGE	11
3.2.1 KAPITALSTRUKTUR	11
3.2.2 LIQUIDITÄT	11
3.2.3 NETTOFINANZPOSITION	12
3.3 VERMÖGENSLAGE	13
3.4 GESAMTAUSSAGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN LAGE	14
4. CHANCENBERICHT	14
5. RISIKOBERICHT	14
6. PROGNOSEBERICHT	17

1. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

GESCHÄFTSMODELL

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin (nachfolgend NBB genannt), ist eine der größten örtlichen Erdgasverteilnetzbetreiberinnen bundesweit. Sie sorgt im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit für einen technisch und wirtschaftlich einwandfreien Betrieb der Gasverteilung in Berlin und großen Teilen Brandenburgs bis nach Sachsen und Sachsen-Anhalt hinein. Zu den Kernaufgaben der NBB zählen die Durchführung des sicheren, störungsfreien und effizienten Netzbetriebs, die Instandhaltung und der Ausbau der Leitungsnetzinfrastruktur, die Sicherstellung und Abwicklung des Netzzugangs und der Netzdurchleitung sowie die Überwachung beziehungsweise Steuerung von Dienstleistern. Darüber hinaus sind auch die Übernahme der Betriebsführung für Netze Dritter, die technische und kaufmännische Beratung, die Unterstützung von Netzbetreibern und -eigentümern und alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Erbringung sonstiger technischer Dienstleistungen Gegenstand der NBB.

Die NBB verfügt über ein Festkapital von 13.093 Tsd. €, an dem, wie im Vorjahr, zum 31. Dezember 2021 die GASAG AG, Berlin (nachfolgend GASAG genannt), zu 92,36 % und die GASAG Beteiligungs-GmbH, Berlin (nachfolgend GBG genannt), zu 7,64 % beteiligt sind.

Komplementärin der NBB ist die NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin, die für die Geschäftsführung der NBB verantwortlich ist. Sie ist weder am Vermögen noch am Gewinn oder Verlust der NBB beteiligt.

Die Netzinfrastruktur in Berlin ist im Eigentum der NBB. Für die Netze der EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Michendorf (nachfolgend EMB genannt), und die SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus (nachfolgend SpreeGas genannt), wurden die Nutzungsrechte an den Netzen durch Abschluss von Pachtverträgen auf die NBB übertragen. Darüber hinaus bestehen Pachtverträge für vier weitere Netzgebiete. Mit Abschluss der Pachtverträge erwarb die NBB die Netzbetreibereigenschaft im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG).

Für die Zählpunkte in diesen Netzgebieten ist die NBB grundständige Messstellenbetreiberin.

Des Weiteren ist die NBB als Dienstleisterin in den Sparten Strom-, Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgung tätig.

Die NBB agiert dabei im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems gemäß den Anforderungen der DIN EN ISO 9001 und des Umweltmanagementsystems gemäß den Anforderungen der DIN EN ISO 14001. Im Berichtsjahr wurden die Rezertifizierungsaudits zu den Managementsystemen erfolgreich bestanden. Darüber hinaus fand im Berichtsjahr das erfolgreiche erste Überwachungsaudit zum Sicherheitsmanagementsystem Gasinfrastruktur gemäß DIN EN 15399 statt. Die Erstzertifizierung des reaktivierten Energiemanagementsystems wurde gemäß den Anforderungen der DIN EN ISO 50001 erfolgreich bestanden. Die NBB verfügt außerdem über ein integriertes Technisches Sicherheitsmanagement (TSM) in der Sparte Gas nach DVGW-Arbeitsblatt G1000 und in der Sparte Strom nach VDE-AR-N 4001 (S1000). Des Weiteren wurde im Rahmen eines Überwachungsaudits die Gültigkeit des DIN EN ISO 27001 Zertifikats zum bestehenden Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) für den Betrieb der kritischen Infrastrukturen Gas und Strom bestätigt.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT

2.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE UND BRANCHENBEZOGENE RAHMENBEDINGUNGEN

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland ist auch im Jahr 2021 von der globalen COVID-19-Pandemie beeinflusst. Nach einem erneuten Einbruch der Konjunktur im I. Quartal 2021 war ein kontinuierliches Wachstum in den folgenden Quartalen zu verzeichnen. Dieses erfolgte trotz Einschränkungen globaler Lieferketten und einem starken Anstieg der Energiepreise. Diese Faktoren sowie einige Sondereffekte haben auch zu einem starken Anstieg der Inflationsrate in der zweiten Jahreshälfte geführt. Insbesondere im November und Dezember lag die Inflationsrate bei über 5 %.

Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland stieg im Berichtsjahr um geschätzte 2,7 % an. Der Ausblick und die weitere Entwicklung der Pandemie sowie ihrer sozialen, politischen und ökonomischen Folgen ist für das Folgejahr 2022 weiterhin mit Unsicherheiten behaftet. Die Prognose der Bundesregierung geht von einer konjunkturellen Erholung und deutlichen Aufholeffekten aus, die das Bruttoinlandsprodukt um 4,1 % wachsen lassen.

Der Gasverbrauch in Deutschland stieg nach Schätzungen des BDEW vom Januar 2022 im Wesentlichen witterungsbedingt im Vergleich zum Vorjahr um ca. 4 %. Der massive Preisanstieg unter anderem für Erdgas ab Mitte 2021 sorgte dagegen für einen Mehreinsatz anderer Energieträger in der Strom- und Wärmeerzeugung und somit für eine Dämpfung der Nachfrage.

2.2 ENERGIEPOLITISCHE UND RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Der NBB wird von der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) im Rahmen der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) eine Erlösobergrenze für Netzentgelte beschieden.

Das Vorjahr 2020 bildet das Basisjahr für die **vierte Anreizregulierungsperiode** (2023 bis 2027). Im Berichtsjahr wurden die Daten zur Durchführung der Kostenprüfung zur Bestimmung des Ausgangsniveaus der Betreiber von Gasversorgungsnetzen im Sinne des § 3 Nr. 6 EnWG für die vierte Regulierungsperiode abgegeben. Das Anhörungsverfahren wurde seitens der BNetzA im Berichtsjahr noch nicht gestartet. Neben der Datenerhebung zur Kostenprüfung hat die BNetzA außerdem die Erhebung von Daten zur Durchführung des Effizienzvergleichs vorgenommen.

Die für den Zeitraum der vierten Regulierungsperiode geltenden Eigenkapitalzinssätze sind von der BNetzA mit Beschlüssen vom 12. Oktober 2021 festgelegt worden. Die BNetzA hat die Eigenkapitalzinssätze (jeweils vor Steuern) einheitlich für alle Betreiber von Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetzen in Höhe von 5,07 % (Neuanlagen) sowie 3,51 % (Altanlagen) festgelegt. Gegenüber den im Zeitraum der dritten Regulierungsperiode geltenden Zinssätzen (6,91 % für Neuanlagen und 5,12 % für Altanlagen) ergibt sich demnach eine erhebliche Absenkung.

Auch im Berichtsjahr wurde an der **Kooperationsvereinbarung Gas** (KoV) gearbeitet. Die im Vorjahr durch die KoV XII beschlossene Zusammenlegung der beiden deutschen Marktgebiete GASPOOL und NCG zum gemeinsamen Marktgebiet THE wurde zum Stichtag 1. Oktober 2021 umgesetzt. Die Veröffentlichung der KoV XIII ist für März 2022 geplant und enthält weitere Regelungen zur Marktgebietszusammenlegung sowie zur Datenqualität der Marktpartner zum 1. Oktober 2022.

Mit dem „Gesetz zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht“ wurden (Übergangs-)Grundlagen für die nationale Regulierung von **Wasserstoffnetzen** geschaffen, die durch die Novellierung des EnWG am 27. Juli 2021 in Kraft getreten sind. Darin enthalten sind spezifische Regelungen zum Unbundling, dem Anschluss, Zugang und Ausbau von Wasserstoffnetzen. Derzeit liegen keine Anfragen von Dritten zur Einspeisung von Wasserstoff in die von NBB betriebenen Netze vor.

Am 15. Dezember 2021 legte die Europäische Kommission mit Blick auf die weitere Umsetzung des **European Green Deal** Legislativvorschläge unter anderem zur zukünftigen Ausgestaltung der Gasbinnenmarkt-Richtlinie vor. Darin enthalten sind auch Vorschläge zur zukünftigen europäischen regulatorischen Rahmensetzung für Wasserstoffnetze, die nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens in nationales Recht überführt werden.

Im Berichtsjahr hat die EU-Kommission die ersten zwei von insgesamt sechs Umweltzielen, und zwar zum Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel, im Rahmen der **EU-Taxonomie** vorgestellt, ein Klassifizierungssystem für nachhaltige Investitionen. Damit lässt sich auf Basis des Taxonomie-Katalogs überprüfen, welche Wirtschaftsaktivitäten den Nachhaltigkeitskriterien genügen. Am 31. Dezember 2021 hat die EU-Kommission den Entwurf des delegierten Rechtsakts für Investitionen in Technologien rund um den Energieträger Erdgas, der zunächst ausgeklammert wurde, vorgestellt. Demnach wird die Taxonomie für Erdgas unter Einhaltung ambitionierter Effizienz- und Klimaschutzanforderungen geöffnet. Im Zuge dessen werden ab dem Jahr 2023 weitere Berichtspflichten zu erfüllen sein.

2.3 GESCHÄFTSVERLAUF

Die **Gastransportmenge** der NBB stieg im Vergleich zum Vorjahr hauptsächlich witterungsbedingt um 13,3 % auf 49.371 GWh an.

Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit wurden erneut zahlreiche Instandhaltungs- und Erweiterungsmaßnahmen in die Gasnetzinfrastuktur der NBB und der Asset Owner durchgeführt.

Der Auftragsbestand des **Netzanschlussgeschäfts** im Netzgebiet der NBB stieg im Berichtsjahr 2021 weiterhin an. Im Berliner Netzgebiet begründet sich die deutliche Steigerung der Anschlusszahlen durch die seit dem Vorjahr geltenden Förderprogramme auf Bundes- und auf Landesebenen, insbesondere mit der Förderung hin zu CO₂-ärmeren Energieträgern.

Zur Unterstützung der Energiewende ermittelte eine **Wasserstoff-Projektgruppe** der NBB im Vorjahr die technischen Herausforderungen der Wasserstoffbeimischung in den Gasnetzinfrastrukturen und Gasanwendungen. Die vorhandenen Gasnetzinfrastrukturen gewährleisteten rund um die Uhr alle maximalen Leistungsbedarfe der gasbasierten Energieerzeugung in Berlin. Diese garantierte Bereitstellung der Leistungsbedarfe für das Heizen im Winter und für die Steuerung der Stromerzeugung im großen HKW bis zum kleinsten BHKW ist eine wichtige technische Randbedingung für den Einsatz neuer Technologien (hybride Lösungen) und somit für die sozialverträgliche Umsetzung CO₂-freier Wärme-konzepte. Die Wasserstoff-Projektgruppe der NBB hat im Berichtsjahr 2021 ein umfassendes Konzept für die stufenweise Transformation des bestehenden Gasnetzes (Methanetz) hin zu „100 % H₂-ready“ und damit zu einem Wasserstoffnetz erarbeitet. Die Treiber dieser Entwicklung sind die Großkunden der gasbasierten Wärmeerzeugung in Berlin. Der „Top-down-Ansatz“ verfolgt das Ziel einer schnellen Dekarbonisierung des Berliner Wärmemarktes mit wenigen Maßnahmen, denn es geht von den größten zu den kleinsten Netzanschlüssen und von den Transport- zu den Verteilnetzen. Auf lange Sicht

profitieren dann auch alle Endkunden, denn von diesen „H₂-Hubs Berlins“ erfolgt die weitere Ausprägung der Wasserstoffnetze in Berlin, das heißt, von diesen werden immer mehr Teilabschnitte und Teilnetze an das bereits bestehende Wasserstoffnetz Berlin angeschlossen. Über die Jahre wächst so der Anteil der wasserstofftauglichen Gasnetze und der Anteil der Methanetze wird immer mehr zurückgedrängt.

Das Geschäft der **Tochtergesellschaft infrest** – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin, bestehend aus dem Betrieb von webbasierten Austauschplattformen für Leitungsauskünfte, Genehmigungen, Aufgrabe-, Havarie- und Anzeigenmeldungen sowie dem Betrieb eines webbasierten Baustellenatlas entwickelte sich im Jahr 2021 weiterhin positiv.

Der Jahresüberschuss der **Tochtergesellschaft KKI** – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin, verlief auf Vorjahresniveau. Die Gesellschaft bietet Dienstleistungen im Bereich des Störungs-, Notfall- und Krisenmanagements an.

Die Erträge aus der **Beteiligung** an der **WGI** GmbH, Dortmund, haben sich gegenüber dem Plan positiv entwickelt. Diese wurden aus Dienstleistungen im Bereich der Geoinformatik, Auskünften über Leitungsnetze und verschiedensten Aufgaben im Geoinformationsbereich erwirtschaftet.

Der Rechtsstreit um die Neuvergabe der Berliner **Gasnetzkonzeption** wurde mit dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 9. März 2021 für GASAG und NBB erfolgreich beendet. Der Bundesgerichtshof verurteilte das Land Berlin, die Gasnetzkonzeption an die NBB zu vergeben. Der Gaskonzessionsvertrag zwischen dem Land Berlin und der NBB ist mit Verkündung des Urteils gemäß § 894 ZPO zustande gekommen. Entsprechend erklärte die Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin das mit dem modifizierten zweiten Verfahrensbrief vom 7. Mai 2020 zurückversetzte Konzessionsvergabeverfahren für gegenstandslos. Das hierzu geführte einstweilige Verfügungsverfahren wurde für erledigt erklärt. Der Gaskonzessionsvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2024, verlängert sich aber automatisch zweimal um jeweils weitere fünf Jahre, sofern nicht das Land Berlin der Verlängerung des Vertrages fristgemäß widerspricht.

Aufgrund der stark gestiegenen **Energiepreise** gab es zuletzt einige Lieferanteninsolvenzen, die bei der NBB jedoch nur wenige Zählpunkte belieferten. Die möglichen Forderungsausfälle sind größtenteils durch eine Ausfallversicherung abgesichert. Darüber hinaus haben weitere Transportkunden die Belieferung an deren Kunden eingestellt beziehungsweise deren Bilanzkreise geschlossen.

Mit Abschluss des **Prozessoptimierungsprojektes** „NBB 4.0“ im Rahmen des Transformationsprogramms „GASAG 2025“ ergaben sich weitere strategische Herausforderungen für die GASAG-Gruppe; insbesondere die Ausrichtung der Strategie auf das Ziel Klimaneutralität im Jahr 2040. Im Jahr 2021 wurde dazu das gruppenweite Strategieprogramm „Zukunft G“ gestartet. Im Ergebnis wurden mehrere Handlungsfelder für die NBB ermittelt und mit der Umsetzung begonnen. Insbesondere die operativen Prozesse sollen vor dem Ziel der Klimaneutralität und Effizienz innerhalb des Handlungsfeld „NBB 5.0“ weiter verbessert werden.

Das Geschäftsjahr 2021 war weiterhin von der Umsetzung des **Pandemieplans** der NBB zur Reduzierung des Infektionsrisikos für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der COVID-19-Pandemie geprägt. Durch Präventivmaßnahmen, Hygienekonzepte und geeignete organisatorische Schutzmaßnahmen im Mitarbeiterereinsatz sowie die laufende Abstimmung mit den kommunalen Organen wurde die Versorgungssicherheit zu jeder Zeit gewährleistet.

Zum Bilanzstichtag sorgte somit ein **Stammpersonal** von 732 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vj. 739) für einen sicheren Gasnetzbetrieb. Gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern bietet die NBB außerdem technische und kaufmännische Berufsausbildungen sowie duale Studiengänge an, um dem Fachkräftemangel durch eigene **Ausbildung** langfristig entgegenzuwirken.

Seit September 2021 arbeitet die NBB am neuen, energieeffizienten **Hauptsitz** auf dem **EUREF-Campus** in Berlin, wo sie bereits in der Vergangenheit in diversen Projektpartnerschaften an der Energiewende und der Entwicklung einer klimaeffizienten Region Berlin-Brandenburg mitgewirkt hat.

2.4 TÄTIGKEITSABSCHLUSS VERTEILUNG

Gemäß § 6b Absatz 3 EnWG müssen Unternehmen, die mit einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen verbunden sind, zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung in ihrer Rechnungslegung jeweils getrennte Konten für jede ihrer Tätigkeiten führen, wie dies erforderlich wäre, wenn diese Tätigkeiten von rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden. Mit der Erstellung des Jahresabschlusses ist für jeden Tätigkeitsbereich eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen. Für die NBB leitet sich daraus die Verpflichtung ab, einen Tätigkeitsabschluss für die Gasverteilung zu erstellen.

Im Berichtsjahr 2021 werden im Tätigkeitsabschluss neben der Gasverteilung, welches dem regulierten Gasnetzgeschäft der NBB als regulierter Netzbetreiber entspricht, auch Energiespezifische Dienstleistungen an die Gas- und Elektrizitätsverteilung ausgewiesen, um den neuen Anforderungen nach IDW ERS ÖFA 2 Rechnung zu tragen.

Im Vorjahr wurden die Tätigkeiten der Energiespezifischen Dienstleistungen an die Gas- und Elektrizitätsverteilung unter den übrigen Aktivitäten geführt.

TÄTIGKEITSABSCHLÜSSE

Im Berichtsjahr bestand ein Jahresüberschuss in Höhe von 48.319 Tsd. € im Tätigkeitsabschluss **Gasverteilung**. Im Geschäftsjahr 2021 sind Mehrerlöse aus Netzentgelten angefallen, die anteilig mit den aus dem Vorjahr angefallenen Mindererlösen aus Netzentgelten verrechnet werden konnten und zu einer Rückstellung aus dem Regulierungskonto in Höhe von 32.280 Tsd. € führten. Die Umsatzerlöse beinhalteten vorwiegend die Erlöse aus Netzentgelten, die Abrechnungen der Mehr- und Mindermengen sowie die Abwicklung der Investitionen in das Gasnetz der Asset Owner. Des Weiteren enthielten die Umsatzerlöse Erträge aus der Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten aus vereinnahmten Hausanschlussbeiträgen und Investitionszuschüsse für die Netzinfrastruktur. Die Bestandsveränderungen bestanden im Wesentlichen aus Veränderungen an unfertigen Leistungen für Investitionen in das Gasnetz der Asset Owner. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalteten insbesondere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Im Materialaufwand wurden als Hauptbestandteile neben den erforderlichen Kosten für den Netzbetrieb auch die Netzpacht, die vorgelagerten Netzkosten und die Aufwendungen für die Investitionsmaßnahmen aus den Netzpachtverhältnissen ausgewiesen.

Im Berichtsjahr bestand ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 58 Tsd. € im Tätigkeitsabschluss **Energiespezifische Dienstleistungen an Gasverteilung** und ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 105 Tsd. € im Tätigkeitsabschluss **Energiespezifische Dienstleistungen an Elektrizitätsverteilung**. Die Energiespezifischen Dienstleistungen fallen im Rahmen eines Betriebsführungsvertrags der NBB für die

Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst (Lausitz) (nachfolgend NFL genannt), an. Die NBB erbringt hier Energiespezifische Dienstleistungen an die regulierten Sparten Gas- und Elektrizitätsverteilung der NFL. Die Aufwendungen der Betriebsführung bestehen vorwiegend aus Personalaufwand.

ÜBRIGE AKTIVITÄTEN

Die NBB erbrachte neben den Leistungen in der Gas- und Elektrizitätsverteilung für die NFL auch Dienstleistungen für andere Unternehmen. Ein Großteil der Leistungen wurde für Unternehmen der Energie- und Versorgungswirtschaft erbracht. Neben den Sparten Gas und Strom wurden Leistungen für die Sparten Wasser und Fernwärme durchgeführt. Dazu gehören unter anderem der Betrieb der bestehenden Netze und Anlagen von Dritten sowie die Durchführung von Baumaßnahmen in den Netzen und Anlagen von Dritten. Darüber hinaus bot die NBB weitere Dienstleistungen im Zusammenhang mit Energie- und Versorgungsnetzen an. Dazu gehören die Netzsteuerung, das Störungsmanagement und der Netzvertrieb für die Netze von Dritten sowie die Beratung von regulierten Energieversorgungsunternehmen zu verschiedenen Aufgaben.

3. ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE

3.1 ERTRAGSLAGE

Im Geschäftsjahr 2021 wies die NBB einen Jahresüberschuss von 48.618 Tsd. € aus.

Das Ergebnis wurde im Berichtsjahr durch folgende **Leistungsindikatoren** beeinflusst:

Ein wesentlicher nicht beeinflussbarer und **nichtfinanzieller Ergebnisfaktor** ist die Entwicklung der Gesamttransportmenge, welche insbesondere von der Temperatur sowie den Energiebedarfen aus den Branchen der Energieerzeugung und dem produzierenden Gewerbe abhängig ist.

Außerdem sind wichtige nichtfinanzielle Leistungsindikatoren die Ressourcensicherung und Mitarbeiterentwicklung, um einen versorgungssicheren Netzbetrieb zu gewährleisten. Dahingehend war im Berichtsjahr weiterhin die konsequente Umsetzung des Pandemieplans der NBB von Bedeutung. Darüber hinaus investierte die NBB im Rahmen der Nachwuchsförderung als Ausbildungsbetrieb in den langfristigen Ressourcen- und Kompetenzerhalt.

Finanzielle Leistungsindikatoren leiten sich vorrangig vom gesetzlich vorgeschriebenen Regulierungsregime der BNetzA ab. Die Steuerung der NBB verfolgte dabei auch im Berichtsjahr die optimale Ausgestaltung der Gesellschaft im Rahmen der regulatorischen Anforderungen, um einen effizienten, umweltverträglichen und sicheren Netzbetrieb zu gewährleisten.

Im Vergleich zum Vorjahr war die **Entwicklung des Jahresergebnisses 2021** demnach von folgenden Effekten beeinflusst:

Die Gastransportmenge des Berichtsjahres lag im Wesentlichen witterungsbedingt um 13,3 % über dem Vorjahresniveau. Dadurch ergaben sich Mehrerlöse gegenüber der Erlösobergrenze auf dem Regulierungskonto, die mit positiven Salden aus Mindererlösen des Vorjahres verrechnet werden konnten. Im Berichtsjahr wurden daraus Rückstellungen aus Regulierungskonto in Höhe von 32.280 Tsd. € (inkl.

Zinsen) zugeführt. Entsprechend stiegen die **Umsatzerlöse aus Netzentgelten** ohne periodenfremde Effekte im Vergleich zum Jahr 2020 um 9,3 % auf einen Wert von 315.536 Tsd. € an.

Die **Umsatzerlöse für Arbeiten an Versorgungsanlagen** für die Asset Owner in Höhe von 24.573 Tsd. € (Vj. 27.363 Tsd. €) gingen im Vergleich zum Jahr 2020 zurück, wobei dieser zum Großteil durch die **Bestandserhöhung** aus den Netzmaßnahmen gegenüber den Asset Ownern kompensiert wurde.

Außerdem waren in den **Umsatzerlösen die Mehr- und Mindermengenabrechnungen** mit einem Wert von 11.625 Tsd. € (Vj. 9.373 Tsd. €) enthalten. Der Mehr- und Mindermengenausgleich stellt für die Gesellschaft einen durchlaufenden Posten dar.

Darüber hinaus fielen **Umsatzerlöse aus der Biogaskostenwälzung** gemäß § 20 b GasNEV in Höhe von 7.804 Tsd. € (Vj. 8.110 Tsd. €) an. Die Biogaskostenwälzung stellt für die NBB ebenfalls einen durchlaufenden Posten dar.

Des Weiteren sind in den Umsatzerlösen die **Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten für Investitionszuschüsse für die Netzinfrastruktur** in Höhe von 11.349 Tsd. € (Vj. 21.563 Tsd. €) enthalten, wobei der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr auf einem außerordentlichen Erlös in Höhe von 10.534 Tsd. € im Jahr 2020 resultierte.

Unter den Umsätzen wurden außerdem Erlöse aus Ablesedienstleistungen und Erlöse aus Außendienstleistungen im Rahmen des Messstellenbetriebs bilanziert.

Die **Erträge aus aktivierten Eigenleistungen** in Höhe von 13.728 Tsd. € (Vj. 13.443 Tsd. €) beinhalten vorrangig Leistungen für die Erweiterung und den Ersatz der Gasnetzinfrastruktur Berlins.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2.102 Tsd. € auf 8.599 Tsd. €, was im Wesentlichen aus höheren Rückstellungsaufösungen als im Jahr 2020 resultierte.

Den erzielten Umsatzerlösen und dem Bestandsaufbau standen größtenteils **Materialaufwand** für die Netzpacht, für bezogene Leistungen und Material im Zusammenhang mit Rohrnetz- und Tiefbauarbeiten, für Mess- und Abrechnungsdienstleistungen sowie für vorgelagerte Netze gegenüber. Der Materialaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr auf 197.461 Tsd. € (Vj. 191.710 Tsd. €) an. Die Erhöhung ergab sich primär aus höheren vorgelagerten Netzkosten und gestiegenen Aufwendungen für Mehr- und Mindermengenabrechnungen.

Der Anstieg des **Personalaufwands** im Berichtsjahr auf 53.215 Tsd. € (Vj. 51.356 Tsd. €) ist hauptsächlich in Tarifsteigerungen und höheren sozialen Abgaben begründet.

Die **Abschreibungen** in Höhe von 59.337 Tsd. € (Vj. 58.035 Tsd. €) entfielen im Wesentlichen auf Netzverteilungsanlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** stiegen leicht im Vergleich zum Jahr 2020 auf 34.280 Tsd. € (Vj. 33.840 Tsd. €) an. Der Anstieg der Aufwendungen resultierte unter anderem aus höheren Aufwendungen für Miete und Beratungsleistungen, wobei der Rückgang von Aufwendungen für Personalmaßnahmen diese teilweise kompensierte. Neben diesen Effekten beinhalten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen überwiegend Aufwendungen für Geschäftsbesorgung und IT-Dienstleistungen.

Das **Finanzergebnis** des Geschäftsjahres 2021 stieg stark im Vergleich zum Vorjahr auf –9.038 Tsd. € (Vj. –15.323 Tsd. €) an, wobei dies im Wesentlichen auf geringeren Zinsaufwendungen für Darlehen zur Finanzierung der Investitionen in die Netzinfrastruktur Berlins beruhte.

Das **Steuerergebnis vom Einkommen und Ertrag** wies im Jahr 2021 einen Aufwand in Höhe von 6.191 Tsd. € (Vj. Ertrag in Höhe von 1.337 Tsd. €) aus. Das positive Steuerergebnis des Vorjahres resultierte im Wesentlichen aus von den Kommanditisten zu erstattender Gewerbesteuer für 2020 und Vorjahre.

3.2 FINANZLAGE

3.2.1 KAPITALSTRUKTUR

Der Finanzierungsbedarf der NBB wird aus dem operativen Cashflow, durch langfristige Bankkredite sowie Schuldscheindarlehen gedeckt. Dabei orientieren sich Art und Umfang der Finanzierung an den geplanten Investitionen und am operativen Geschäft der Gesellschaft.

Der langfristige Refinanzierungsbedarf resultiert im Wesentlichen aus Netzinvestitionen. Die verzinslichen Darlehen sind auf 35 Banken und sonstige Finanzpartner diversifiziert.

Des Weiteren steht der NBB eine gruppeninterne Kredit-/Avallinie im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung mit der GASAG in Höhe von 40.000 Tsd. € zur Verfügung, welche zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 nicht in Anspruch genommen wurde, sondern ein Guthaben in Höhe von 12.315 Tsd. € besteht.

3.2.2 LIQUIDITÄT

Zur Ermittlung des Liquiditätsbedarfs nutzte die NBB eine rollierende 12-Monats-Liquiditätsplanung. Hierbei wurde für die Liquiditätsplanung ein gruppenweit einheitliches System eingesetzt, das die Durchführung des Liquiditätsmanagements unterstützt und das Monitoring einer Liquiditätsentwicklung sicherstellt. Die NBB war im Geschäftsjahr jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Kapitalflussrechnung der NBB stellte sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

	2021	2020
	T€	T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	178.491	56.204
+ Cashflow aus Investitionstätigkeit	-76.739	-86.221
+ Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-87.911	26.948
= Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	13.841	-3.069
+/- Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	-1.520	1.549
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	12.321	-1.520

Der Finanzmittelfonds beinhaltet im Berichtsjahr im Wesentlichen die Forderungen aus dem Cash-Pooling mit der GASAG in Höhe von 12.315 Tsd. €.

Der positive Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet vorrangig den Jahresüberschuss, die Abschreibungen auf Sachanlagevermögen und die Rückstellung aus dem Regulierungskonto. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr folgte hauptsächlich aus der Abwicklung von Forderungen und Verbindlichkeiten, welche aus der Ausgliederung des Betriebsteils Netz von der GASAG an die NBB im Jahr 2020 resultierten, sowie höheren Rückstellungen und dem besseren Jahresergebnis.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beinhaltete hauptsächlich die im Berichtsjahr vorgenommenen Investitionen in die Netzinfrastruktur Berlins sowie in die Ausstattung des neuen Hauptsitzes der NBB am EUREF-Campus, Berlin.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet im Wesentlichen die Entnahme der Gesellschafter für das Vorjahresergebnis und anteilig für den Jahresüberschuss des Berichtsjahres in einer Gesamthöhe von 73.414 Tsd. €. Darüber hinaus sind hier Darlehen zur Finanzierung der Investitionen in die Berliner Gasnetzinfrastruktur enthalten.

3.2.3 NETTOFINANZPOSITION

Die Nettofinanzposition ergibt sich aus dem Bestand an flüssigen Mitteln vermindert um die Finanzverbindlichkeiten.

	2021	2020
	T€	T€
Kassenbestand, Bankguthaben	6	7
Forderung (+) / Verbindlichkeit (-) aus Cash-Pooling	12.315	-1.527
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-374.067	-379.924
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	-152.234	-46.480
davon mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	-65.167	-189.111
davon mit einer Restlaufzeit größer 5 Jahre	-156.666	-144.333
Verbindlichkeiten gegenüber sonst. Darlehensgebern	-70.386	-70.386
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	-386	-386
davon mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	-10.000	-10.000
davon mit einer Restlaufzeit größer 5 Jahre	-60.000	-60.000
Nettofinanzposition	-432.132	-451.830

Die Veränderung der Nettofinanzposition ist im Wesentlichen auf das Guthaben im Cash-Pooling zurückzuführen. Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultiert aus planmäßigen Tilgungen sowie Neuaufnahmen im Geschäftsjahr 2021.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und sonstigen Darlehensgebern sind 28,56 % (Vj. 36,4 %) variabel verzinslich. Die variabel verzinslichen Darlehen sind nahezu vollständig mit Derivaten gesichert.

Die Bandbreite der Zinssätze für festverzinsliche Darlehen liegt wie im Vorjahr zwischen 0,67 % und 1,1 %.

3.3 VERMÖGENSLAGE

Zum Berichtsstichtag 31. Dezember 2021 wurde eine **Bilanzsumme** in Höhe von 894.791 Tsd. € ausgewiesen (Vj. 939.947 Tsd. €).

Die Erhöhung des **Anlagevermögens** auf 799.924 Tsd. € (Vj. 780.678 Tsd. €) resultierte vorrangig aus Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in die Gasnetzinfrastruktur. Die Investitionen für Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgten im Wesentlichen für Mobiliar und Mietereinbauten im neuen Hauptsitz der NBB am EUREF-Campus, Berlin. Die immateriellen Vermögensgegenstände beinhalten vorrangig Leitungsrechte für das Berliner Gasnetz.

Die **Vorräte** beinhalten zum Bilanzstichtag hauptsächlich unfertige Leistungen abzüglich der aktivisch abgesetzten erhaltenen Anzahlungen in Höhe von 2.153 Tsd. € (Vj. 4.279 Tsd. €). Es handelte sich hierbei in erster Linie um Netzausbaumaßnahmen, welche noch nicht an die Verpächter abgerechnet wurden. Außerdem beinhalten die Vorräte Gasbestände in den Leitungen.

Die **Forderungen** aus Lieferungen und Leistungen und gegen verbundene Unternehmen mit einer Gesamthöhe von 85.778 Tsd. € (Vj. 52.929 Tsd. €) beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Netz-entgelten sowie Mehr- und Mindermengenabrechnungen. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultierte unter anderem aus dem Cash-Pooling-Guthaben bei der GASAG in Höhe von 12.315 Tsd. € (Vj. Verbindlichkeit in Höhe von 1.527 Tsd. €).

Der hohe Rückgang der **sonstigen Vermögensgegenstände** auf 6.457 Tsd. € (Vj. 101.586 Tsd. €) folgte überwiegend aus einer Forderung an das Finanzamt für Umsatzsteuererstattung des Vorjahres, welche aus der damaligen Ausgliederung des Betriebsteils Netz von der GASAG an die NBB resultierte.

Die sonstigen **Rückstellungen** in Höhe von 72.858 Tsd. € (Vj. 43.926 Tsd. €) beinhalten überwiegend Rückstellungen für Lieferungen und Leistungen, Altersteilzeitvereinbarungen und sonstige Personalverpflichtungen sowie Rückbauverpflichtungen. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr basierte jedoch im Wesentlichen auf der Rückstellung für Regulierungskonto in Höhe von 32.280 Tsd. € (Vj. 1.186 Tsd. €).

Die **Verbindlichkeiten** zum Bilanzstichtag resultierten im Wesentlichen aus Finanzierungsverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Darlehensgebern in einer Gesamthöhe von 444.454 Tsd. € (Vj. 450.311 Tsd. €)

Der hohe Rückgang der **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** auf 17.816 Tsd. € (Vj. 93.479 Tsd. €) entstand vorrangig aus Verbindlichkeiten des Vorjahres für die Umsatzsteuer aus der Ausgliederung des Betriebsteils Netz gegenüber der GASAG sowie den Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern aus dem Jahresüberschuss.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** enthielt zum Stichtag vorrangig die passivierten Zuschüsse gemäß Gasnetzentgeltverordnung und Baukostenzuschüsse in Höhe von 98.166 Tsd. € (Vj. 92.457 Tsd. €).

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten und kurzfristigen Rückstellungen übersteigen die Summe aus kurzfristigen Forderungen und Finanzmittelbeständen. Die bestehenden Kreditlinien und liquiden Mittel reichen aus, den am Stichtag vorliegenden **Überhang** an **kurzfristigen Verbindlichkeiten** zu decken.

3.4 GESAMTAUSSAGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

Im Geschäftsjahr 2021 wies die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 48.618 Tsd. € aus, was dem prognostizierten Jahresergebnis entspricht.

Im Geschäftsverlauf ergaben sich signifikante Mehrerlöse aus Transportmengen, welche mit aus Vorjahren aufgelaufenen regulatorischen Mindererlösen anteilig verrechnet werden konnten und somit zu positiven Ergebnisbeiträgen führten. Darüber hinaus haben die Optimierungsmaßnahmen der Kostenstruktur positiv auf das Ergebnis der NBB gewirkt.

4. CHANCENBERICHT

Die NBB bewegt sich in ihrem Kerngeschäft als Gasnetzbetreiberin in einem durch die BNetzA regulierten Markt, in dem sich Chancen vorwiegend innerhalb der von der Behörde vorgegebenen Rahmenbedingungen ergeben.

Die Grundlage für den Betrieb der Netze sind Konzessionsverträge, zivilrechtliche Wegenutzungsverträge, mit denen die Gemeinden Netzbetreibern die Verlegung und den Betrieb von örtlichen Strom- und Erdgasverteilnetzen in ihren Wegegrundstücken gestatten, gemäß § 46 Absatz 2 EnWG. Bei den laufenden Konzessionsverfahren verfolgt die NBB gemeinsam mit den Asset Ownern im Wesentlichen das Ziel der Bestandssicherung. Darüber hinaus können sich durch zusätzliche Netzbewirtschaftungen Effizienzsteigerungen im bestehenden Geschäft ergeben.

Des Weiteren können sich durch eine Steigerung der Netzanschlusszahlen und die damit einhergehende Verdichtung der Netzanschlüsse im bestehenden Netz die Strukturparameter für die Berechnung des Effizienzwertes verbessern.

Sämtliche Chancen können zu einer leichten Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation der NBB führen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit ist dabei gering.

5. RISIKOBERICHT

Die ständig wiederkehrende Identifikation, Bewertung, Überwachung und Dokumentation von Chancen und Risiken gehört ebenso zu den Aufgaben der Führungskräfte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie die operative Steuerung mithilfe geeigneter Maßnahmen. Die Prozessverantwortung liegt beim Risikomanagement, welches direkt an die Geschäftsführung berichtet.

Die Risikoeinschätzung beruht dabei im Wesentlichen auf einer Planabweichung, wobei neben der Einstufung als operative Risiken, strategische beziehungsweise allgemeine Lebensrisiken sowie die Imagewirkung klassifiziert werden. Die Angabe der Eintrittswahrscheinlichkeiten lässt sich wie folgt unterteilen: sehr geringe, geringe, mittlere, hohe und sehr hohe Eintrittswahrscheinlichkeit.

Das Risikopotenzial bezogen auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage wird wie folgt ausgedrückt:

EINSTUFUNG DES RISIKOPOTENZIALS	BESCHREIBUNG DER WERTGRENZEN
Geringes	Unwesentliche Verschlechterung
Spürbares	Moderate Verschlechterung
Mittleres	Beträchtliche negative Auswirkung
Hohes	Hohe und potenziell dauerhafte Verschlechterung
Sehr hohes	Wesentliche und voraussichtlich dauerhafte Verschlechterung

Bei der Bewertung wird außerdem zwischen einem kurz- sowie langfristigen Wirkungshorizont unterschieden, wobei die kurzfristige Betrachtung das nächste Geschäftsjahr betrifft. Die langfristige Betrachtung deckt mindestens den gesamten Planungszeitraum ab und geht für strategische Risiken und allgemeine Lebensrisiken auch darüber hinaus.

Es bestehen für die NBB im Wesentlichen folgende Risiken:

UMFELD- UND MARKTRISIKEN

Als unternehmerische Kernrisiken gelten die Transportmengenrisiken, die sich witterungsbedingt oder aufgrund von verändertem Endkundenverhalten ergebnisbeeinträchtigend auswirken können. Das Transportmengenrisiko wird mit einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit und einem über einen kurzfristigen Zeitraum spürbaren Schadenspotenzial eingestuft.

Aktuell bestehen erhebliche geopolitische Risiken, die den Gasmarkt in Deutschland und in Europa maßgeblich beeinflussen und beeinträchtigen können. Im Fall einer Gasmangellage, welche von der Bundesregierung ausgerufen wird, tritt der Notfallplan Gas für die Bundesrepublik Deutschland ein. Die NBB ist als Netzbetreiber grundsätzlich für den Krisenfall vorbereitet und führt dazu regelmäßig Krisenübungen mit den relevanten Prozessbeteiligten durch.

KONZESSIONSRISIKEN

Aktuell laufen in den Netzgebieten der NBB Verfahren zur Neuvergabe von Konzessionen. Das Risikopotenzial, das sich mittelfristig aus dem Auslaufen von Konzessionsverträgen ergeben könnte, wird im Risikoportfolio der NBB berücksichtigt. Dies ermöglicht die frühzeitige aktive Steuerung von Gegenmaßnahmen. Dazu gehört unter anderem die Zusammenarbeit mit den Verpächtern zur Sicherung, aber auch zur Neugewinnung von Konzessionen im Netzgebiet Berlin-Brandenburg. Auf diese Weise wird nicht nur die Risikowirkung reduziert, sondern auch gleichzeitig Chancenpotenzial generiert.

Zur allgemeinen Beschreibung des Konzessionsvergabeverfahrens für das Teilnetz Berlin wird auf den Geschäftsverlauf verwiesen. Das bisher maßgebliche Risiko aus dem Gaskonzessionsverfahren Berlin hat sich durch das BGH-Urteil im Jahr 2021 erübrigt. Der Gaskonzessionsvertrag zwischen dem Land Berlin und der NBB ist mit Verkündung des Urteils zustande gekommen und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2024 und verlängert sich um weitere fünf Jahre, sofern das Land Berlin der Verlängerung nicht fristgemäß widerspricht. Nach heutigem Wissensstand würde sich die NBB dann an einem neuen Konzessionsverfahren beteiligen.

Der Verlust von Konzessionen außerhalb Berlins stellt im Vergleich ein geringeres Risiko dar.

BETRIEBSRISIKEN

Die NBB setzt zum Betrieb ihrer Netzinfrastrukturen technologisch komplexe Anlagen ein, die das Risiko ungeplanter Nichtverfügbarkeiten und Versorgungsunterbrechungen aufgrund unvorhergesehener Betriebsstörungen oder externer Einflüsse bergen. Durch die laufende Instandhaltung und Überwachung auf der Grundlage technischer Regelwerke und betriebsinterner Konzepte sowie durch die kontinuierliche Sanierung und Modernisierung der netztechnischen Anlagen wird ein hoher technologischer Sicherheitsstandard gewährleistet, wodurch die Eintrittswahrscheinlichkeit von Störungen erheblich reduziert wird. Aus den unvermeidlichen Restrisiken im Zusammenhang mit dem Betrieb der Netzinfrastrukturen ergibt sich in Bezug auf das aggregierte Schadenspotenzial ein spürbares Risiko bei einer insgesamt sehr geringen bis geringen Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die möglichen Risiken existieren innerhalb der verschiedenen Prozesse unabhängig voneinander und sind im Hinblick auf Sach- und Personenschäden durch einen wirtschaftlich angemessenen Versicherungsschutz abgesichert, der auf der Basis eines dem Risikopotenzial der NBB entsprechenden Haftpflichtversicherungskonzepts gebildet ist.

AUSFALLRISIKO

Die Forderungen der NBB gegenüber den Transportkunden sind weitestgehend durch eine Forderungsausfallversicherung abgesichert, die im Falle von eingetretenen Insolvenzen 90 % der Außenstände der Gesellschaft erstattet. Der Ausfall von Forderungen wird durch einen systematischen Risikomanagementprozess auf Basis der Richtlinien der GASAG-Gruppe sowie der KoV Gas begrenzt und ist dementsprechend in Bezug auf das Schadenspotenzial und die Eintrittswahrscheinlichkeit als gering zu bewerten. Ein besonderes Ausfallrisiko über den normalen Geschäftsverkehr hinaus besteht derzeit nicht.

MARKTPREISENTWICKLUNG

Aus der Marktpreisentwicklung im Finanzbereich ergibt sich kurzfristig ein geringes Chancen- und Risikopotenzial. Das Ausmaß möglicher ergebniswirksamer Schwankungen ist gegenüber dem Vorjahr erneut gesunken. Die Risiken werden durch einen speziell darauf ausgerichteten Risikomanagementprozess begrenzt, welcher zahlungswirksame Marktpreisänderungsrisiken durch den Einsatz von Sicherungsgeschäften weitestgehend eliminiert.

Derivative Finanzinstrumente werden zur Minimierung von Risiken der bestehenden beziehungsweise geplanter Grundgeschäfte eingesetzt. Die Analyse von Preisänderungsrisiken für derivative Finanzinstrumente erfolgt durch Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von abgeschlossenen Finanzinstrumenten auf Basis der Market-to-market-Methode. Die Analyse von Preisänderungsrisiken für noch nicht abgesicherte Zinspositionen erfolgt auf Basis von statistischen Simulationsmodellen.

GESAMTRISIKO

Neben Chancen aus Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Regulierung bestehen auch Risiken. Diese können eine kurzfristige Anpassung der Gesellschaftsrichtung notwendig werden lassen, welche ein geringes Risiko temporärer Ineffizienzen mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit beinhaltet.

In Abhängigkeit der weiteren Entwicklung der COVID-19-Pandemie erwarten wir geringe Risiken für den Geschäftsverlauf im Jahr 2022.

Basierend auf der Gesamtrisikolage unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten und ergriffenen Maßnahmen ist für die NBB gegenwärtig keine Fortbestandsgefährdung zu erkennen.

6. PROGNOSEBERICHT

Im Vergleich zum kalten Berichtsjahr geht die NBB für das Jahr 2022 von moderat sinkenden Gastransportmengen auf die Basis einer Normtemperaturentwicklung aus. Dennoch führen regulatorische Verrechnungen zu leicht steigenden Netzentgelten. Die Mehrentgelte 2021 bilden Verrechnungspotenzial für zukünftige Minderentgelte.

Das Jahresergebnis 2022 sinkt leicht gegenüber dem Jahr 2021. Dies ist u. a. auf die Preisentwicklung im Baubereich zurückzuführen. Die mit NBB 4.0 begonnenen Optimierungsmaßnahmen werden im Rahmen von NBB 5.0 erweitert, sodass die positive Entwicklung der Kostenstruktur den Preisentwicklungen entgegenwirkt.

Die in den Vorjahren vereinbarten Personalmaßnahmen führen zu einem geringeren Personalaufwand. Mit dem geplanten Aufbau einer Ausbildungswerkstatt wird in die Ressourcensicherung und die zukunftsorientierte Kompetenzerweiterung investiert.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird durch die Liquiditätszuflüsse aus dem operativen Geschäft, die Rücklagen, geplante Kreditaufnahmen bei Kreditinstituten sowie durch die verfügbare gruppeninterne Kreditlinie jederzeit sichergestellt.

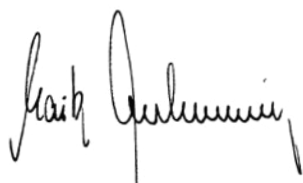
Aus der möglichen Entwicklung der COVID-19-Pandemie wird derzeit mit keinen wesentlichen Effekten für den weiteren Geschäftsverlauf gerechnet.

Im Geschäftsjahr 2022 sind weitere Investitionen in die Berliner Gasnetzinfrastruktur, in Gasverbrauchermesseinrichtungen sowie in die Betriebs- und Geschäftsausstattung geplant. Die Finanzierung der Investitionen soll dabei im Wesentlichen über den laufenden Cashflow sowie die Aufnahme von Darlehen bei Kreditinstituten erfolgen.

Darüber hinaus steht der kontinuierliche Ausbau des Dienstleistungsgeschäfts in den Tochterunternehmen der NBB und die damit einhergehende positive Ergebnisentwicklung auch in Zukunft im Fokus der NBB.

Berlin, 15. Februar 2022

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG



Maik Wortmeier
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH



Frank Behrend
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH

JAHRESABSCHLUSS 2021

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2021

Inhaltsübersicht

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2021	19
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01.–31.12.2021	20
ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2021	21
ANLAGENSPIEGEL FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01.–31.12.2021	37
TÄTIGKEITSABSCHLÜSSE FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2021	38
BESTÄTIGUNGSVERMERK	43

BILANZ

**DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN,
ZUM 31.12.2021**

AKTIVA

	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	36.665	36.263
II. Sachanlagen	761.141	742.297
III. Finanzanlagen	2.118	2.118
	799.924	780.678
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	2.623	4.728
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	92.235	154.515
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	6	7
	94.864	159.250
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3	19
	894.791	939.947

PASSIVA

	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€
A. Eigenkapital		
Kapitalanteile der Kommanditistinnen	247.416	247.416
	247.416	247.416
B. Rückstellungen	77.467	48.027
C. Verbindlichkeiten	471.742	552.047
D. Rechnungsabgrenzungsposten	98.166	92.457
	894.791	939.947

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN,
FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01.-31.12.2021**

	01.01.– 31.12.2021	01.01.– 31.12.2020
	T€	T€
1. Umsatzerlöse	383.740	367.870
2. Erhöhung / Verringerung des Bestands an unfertigen Leistungen	2.194	-368
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	13.728	13.443
4. Sonstige betriebliche Erträge	8.599	6.497
5. Materialaufwand	197.461	191.710
6. Personalaufwand	53.215	51.356
7. Abschreibungen	59.337	58.035
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	34.280	33.840
9. Finanz- und Beteiligungsergebnis	-9.038	-15.323
10. Ergebnis vor Steuern	54.930	37.178
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.191	-1.337
12. Ergebnis nach Steuern	48.739	38.515
13. Sonstige Steuern	121	133
14. Jahresüberschuss	48.618	38.382
15. Gutschrift auf Gesellschafterkonten	-48.618	-38.382

NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN**ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2021****ALLGEMEINE HINWEISE**

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, nachfolgend NBB genannt, hat ihren Geschäftssitz am EUREF Campus 1-2 in 10829 Berlin und ist im Handelsregister von Berlin-Charlottenburg unter HRA 37374 B eingetragen.

Gegenstand der NBB sind der Betrieb eigener und fremder technischer Leitungsnetze zur Versorgung, die Erbringung aller mit den vorbezeichneten Tätigkeiten in Zusammenhang stehenden Dienstleistungen sowie sonstiger technischer Dienstleistungen und die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Gegenstand der NBB ist auch die Vermarktung der Netznutzung zu Transportzwecken, die Übernahme der Betriebsführung für Netze Dritter sowie die technische und kaufmännische Beratung und Unterstützung von Netzbetreibern und Eigentümern sowie alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte einschließlich der Mitarbeiterüberlassung.

An der NBB sind die GASAG Beteiligungs-GmbH, Berlin, nachfolgend GBG genannt, und die GASAG AG, Berlin, nachfolgend GASAG genannt, als Kommanditistinnen beteiligt.

Persönlich haftende Gesellschafterin der NBB ist die Komplementärin NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin, nachfolgend NBB GmbH genannt, mit einem gezeichneten Kapital von 25 Tsd. €. Sie ist zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft allein berechtigt und verpflichtet. Die Komplementärin erbringt keine Einlage und ist am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt.

Der Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie den ergänzenden Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes, nachfolgend EnWG genannt, und des Gesellschaftsvertrages aufgestellt. Gemäß § 264a HGB gelten die Vorschriften für Kommanditgesellschaften entsprechend. Die NBB ist gemäß § 267 HGB eine große Gesellschaft. Für die Gewinn- und Verlustrechnung ist die Darstellung nach dem Gesamtkostenverfahren gewählt.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind alle mit arabischen Zahlen versehenen Posten der Bilanz sowie Unterposten der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst. Sie werden im Anhang gesondert aufgegliedert und erläutert. Aus dem gleichen Grund wurden die Angaben zur Mitzugehörigkeit zu anderen Posten und Da-von-Vermerke ebenfalls an dieser Stelle gemacht.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Die nachfolgenden für die Aufstellung des Jahresabschlusses maßgebenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen unverändert geblieben.

ANLAGEVERMÖGEN

Erworbene und selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und werden, soweit abnutzbar, entsprechend ihrer

voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die verwendeten Abschreibungsdauern liegen überwiegend zwischen 3 und 50 Jahren.

Zugänge zum beweglichen Anlagevermögen werden zeitanteilig abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 250 € nicht übersteigen, werden aus Gründen der Wesentlichkeit in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen sofort als Aufwand erfasst. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 250 € und 800 € werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Bei den Finanzanlagen werden Anteilsrechte zu Anschaffungskosten und die Ausleihungen zum Nennwert angesetzt.

Liegt bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens eine dauerhafte Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vor, werden außerplanmäßige Abschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert vorgenommen.

Stellt sich heraus, dass die Gründe für die in den Vorjahren getätigten außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen sind, so wird eine Wertaufholung gemäß § 253 Abs. 5 HGB vorgenommen.

Bei der NBB besteht zweckgebundenes und dem Gläubigerzugriff entzogenes Vermögen für die Verpflichtungen der Altersteilzeitregelung (ATZ), welches mit seinem beizulegenden Zeitwert bilanziert und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB mit den Altersteilzeitverpflichtungen saldiert ausgewiesen wird. Ergibt sich ein aktiver Überhang, wird der Betrag unter dem Bilanzposten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

UMLAUFVERMÖGEN

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten beziehungsweise unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit dem niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag angesetzt.

Die Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind zu durchschnittlichen Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tagespreisen am Bilanzstichtag aktiviert.

Die Herstellungskosten der unfertigen Leistungen enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten. Fremdkapitalzinsen und Kosten der allgemeinen Verwaltung wurden nicht aktiviert. Erkennbare Risiken werden gemäß § 253 Abs. 4 Satz 2 HGB berücksichtigt.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände sowie flüssige Mittel sind zu Nennwerten angesetzt. Erkennbare Risiken werden durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Die Risiken aus Forderungsausfällen bei Transportkunden sind durch eine Forderungsausfallversicherung zu 90 % abgedeckt.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für Folgejahre darstellen

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Die Absicherung der Zinsänderungsrisiken erfolgt durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente. Es handelt sich hierbei um Zinsswaps.

Sofern die Voraussetzungen vorliegen, werden Zinsderivate in die Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB einbezogen. Zur bilanziellen Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode angewendet. Die gegenläufigen Wertänderungen – bezogen auf das abgesicherte Risiko – von Grund- und Sicherungsgeschäft werden innerhalb einer effektiven Bewertungseinheit bilanziell nicht erfasst.

FREMDKAPITAL

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die Verpflichtungen aus der Altersteilzeitregelung werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten bewertet. Den Berechnungen der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden zu erwartende Gehaltssteigerungen von 2 % und Rentensteigerungen von 1,5 % sowie die Sterbetafeln Heubeck (RT 2018 G) und ein Zinssatz von 1,87 % (Vj. 2,3 %) zugrunde gelegt. Bei den Berechnungen der Altersteilzeitverpflichtungen wurde ein Zinssatz von 0,47 % (Vj. 0,63 %) berücksichtigt. Den Altersteilzeitrückstellungen wurde ein Gehaltstrend von 2 % p. a. zugrunde gelegt. Aus der Anpassung der Zinssätze ergibt sich nur eine unwesentliche Veränderung der Verpflichtungen

In den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist eine Rückstellung für einen Teil der mittelbaren Verpflichtungen (Deckungslücke) gegenüber der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) enthalten. Bei der Ermittlung der Rückstellung waren die zu zahlenden Sanierungsgelder maßgeblich. Bei der Rückstellungsbewertung wurde eine Anerkennung als Härtefall nach den Ausführungsbestimmungen zu § 65 Abs. 5a VBL-Satzung unterstellt. Die Verpflichtung zur Zahlung des Sanierungsgeldes der VBL wird mit ihrem Barwert unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 1,34 % (Vj. 1,6 %) bilanziert. Aus der Anpassung der Zinssätze ergibt sich nur eine unwesentliche Erhöhung der Verpflichtung.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten nach § 249 Abs. 1 HGB. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet worden. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst worden.

Die angewandten Zinssätze basieren auf den Abzinsungszinssätzen der Deutschen Bundesbank gemäß § 253 Abs. 2 HGB.

Die Verbindlichkeiten sind mit den jeweiligen Erfüllungsbeträgen passiviert.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten werden Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Ertrag für Folgejahre darstellen.

LATENTE STEUERN

Für die Ermittlung latenter Steuern aufgrund von temporären oder quasi-permanenten Differenzen zwischen handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge werden die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastung mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen zum Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst. Aktive und passive Steuerlatenzen werden verrechnet ausgewiesen. Die Aktivierung latenter Steuern unterbleibt in Ausübung des dafür bestehenden Ansatzwahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

AKTIVA

ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

In den immateriellen Vermögensgegenständen werden selbst erstellte Softwarelösungen in Höhe von 228 Tsd. € (Vj. 99 Tsd. €) ausgewiesen, welche noch nicht betriebsbereit sind.

ANTEILSBESITZ

	Eigenkapital	Anteil am Eigenkapital	Jahresergebnis
	T€	T€	T€
infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin	1.089	67,360 %	537
KKI – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin	0	74,900 %	503
WGI GmbH, Dortmund ¹	507	49,000 %	456

¹ Jahresergebnis und Eigenkapital zum 31. Dezember 2020

FINANZANLAGEN

In den Finanzanlagen werden Ausleihungen gegen die infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin, nachfolgend infrest genannt, in Höhe von 188 Tsd. € (Vj. 189 Tsd. €) ausgewiesen. Die sonstigen Ausleihungen beinhalten langfristig geleistete Mietkautionen in Höhe von 479 Tsd. € (Vj. 479 Tsd. €).

VORRÄTE

	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	154	133
Unfertige Leistungen	14.567	12.374
Fertige Erzeugnisse und Waren	316	316
Erhaltene Anzahlungen auf unfertige Leistungen	-12.414	-8.095
	2.623	4.728

Bei den unfertigen Leistungen handelt es sich im Wesentlichen um Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Netzausbau, die noch nicht an die Verpächter abgerechnet wurden.

FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

	31.12.2021		31.12.2020	
	insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit über 1 Jahr	insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit über 1 Jahr
	T€	T€	T€	T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	37.573	1	25.513	1
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	48.205	0	27.416	0
(davon aus Lieferungen und Leistungen)	(27.280)	(0)	(12.814)	(0)
(davon sonstige Vermögensgegenstände)	(20.925)	(0)	(14.601)	(0)
(davon gegen Gesellschafter)	(30.902)	(0)	(12.570)	(0)
Sonstige Vermögensgegenstände	6.457	0	101.586	0
	92.235	1	154.515	1

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Netzentgelten sowie Forderungen aus Netzanschlüssen und -umverlegungen.

Die Forderungen gegen Gesellschafter betreffen mit 17.948 Tsd. € (Vj. 7.257 Tsd. €) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, mit 639 Tsd. € (Vj. 5.313 Tsd. €) sonstige Vermögensgegenstände und mit 12.315 Tsd. € (Vj. 0 Tsd. €) Forderungen aus Kontenclearing.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind im Wesentlichen Steuererstattungsansprüche in Höhe von 4.512 Tsd. € (Vj. 100.079 Tsd. €), debitorische Kreditoren in Höhe von 764 Tsd. € (Vj. 415 Tsd. €) sowie Schadensersatz- und Versicherungsansprüche in Höhe von 473 Tsd. € (Vj. 609 Tsd. €) enthalten.

AKTIVE LATENTE STEUERN

Die aktiven und passiven latenten Steuern aus temporären Unterschieden betreffen die Bewertungsunterschiede zur Steuerbilanz.

	31.12.2021	
	aktive latente Steuern	passive latente Steuern
	T€	T€
Anlagevermögen	227	5.372
Rückstellungen	2.115	0
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	4.130	0
Bruttobetrag	6.472	5.372

Die latenten Steuern wurden mit einem Steuersatz von 14,057 % ermittelt.

Die Aktivierung des Nettobetrages unterblieb in Ausübung des dafür bestehenden Wahlrechtes gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB.

PASSIVA

EIGENKAPITAL

	Gesamt	davon GASAG	davon GBG
	T€	T€	T€
Festkapital	13.093	12.093	1.000
Kapitalkonto II	234.323	225.920	8.403
	247.416	238.013	9.403

Die Gesellschafter nehmen im Verhältnis ihres jeweiligen Festkapitals am Gewinn oder Verlust teil, über die Gewinnverwendung ist nicht zu beschließen.

RÜCKSTELLUNGEN

	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.296	3.988
Steuerrückstellungen	313	113
Sonstige Rückstellungen	72.858	43.926
	77.467	48.027

In den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind 220 Tsd. € (Vj. 237 Tsd. €) Verpflichtungen für Sanierungsgeld der VBL enthalten.

Unter Inanspruchnahme von Art. 28 EGHGB wurden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 12.601 Tsd. € (Vj. 11.372 Tsd. €) nicht in der Bilanz ausgewiesen. Demgegenüber besteht ein Kassenvermögen in Höhe von 9.426 Tsd. € (Vj. 9.276 Tsd. €).

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 321 Tsd. € (§ 253 Abs. 6 HGB).

In den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 72.858 Tsd. € (Vj. 43.926 Tsd. €) sind im Wesentlichen folgende Rückstellungen enthalten:

	31.12.2021	31.12.2020
Rückstellungen für	T€	T€
Regulierungskonto	32.280	1.186
Ausstehende Rechnungen	16.571	15.488
Abbruchkosten	5.298	5.298
Tantiemen, Urlaubsansprüche, Gleitzeitguthaben und Leistungszulage	4.303	2.811
Sonstige Personalaufwendungen	4.070	4.347
Altersteilzeit	1.996	3.491
Bodensanierungen	1.198	1.156
Rückzahlungen von Investitionszuschüssen aus Erschließungsverträgen	998	977
Diverse Drohverluste	532	1.177
Diverse Regulierungssachverhalte	280	2.555
	67.526	38.486

Die in den sonstigen Rückstellungen darüber hinaus enthaltenen Altersteilzeitverpflichtungen werden mit Vermögensgegenständen zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitvereinbarungen nach § 8a des Altersteilzeitgesetzes (AtG), welche vom GASAG Treuhand e. V., Berlin, gehalten werden, saldiert. Der GASAG Treuhand e. V. hat die ihm von der NBB übertragenen finanziellen Mittel unter angemessener Abwägung von Ertragsmöglichkeiten und der Substanzerhaltung zu verwalten und darf sie darüber hinaus in Zukunft ausschließlich und unwiderruflich zur Erfüllung der entsprechenden Verpflichtungen verwenden.

	31.12.2021
	T€
Erfüllungsrückstand der verrechneten Schulden	9.305
Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände	7.309
Beizulegender Zeitwert der Vermögensgegenstände (Marktwert)	7.309
Verrechnete Aufwendungen aus Altersteilzeitverpflichtungen	55

Der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände entspricht den Anschaffungskosten, da es sich hierbei um Festgeldanlagen handelt.

VERBINDLICHKEITEN

	31.12.2021				31.12.2020			
	davon mit einer Restlaufzeit				davon mit einer Restlaufzeit			
	insgesamt	bis 1 Jahr	über 1 Jahr	über 5 Jahre	insgesamt	bis 1 Jahr	über 1 Jahr	über 5 Jahre
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	374.067	152.234	221.833	156.667	379.924	46.480	333.444	144.333
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	803	803	0	0	1.509	1.509	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.039	3.039	0	0	5.207	5.207	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	17.816	17.816	0	0	93.479	93.479	0	0
(davon aus Lieferungen und Leistungen)	(2.343)	(2.343)	(0)	(0)	(1.079)	(1.079)	(0)	(0)
(davon aus sonstigen Verbindlichkeiten)	(15.473)	(15.473)	(0)	(0)	(54.018)	(54.018)	(0)	(0)
(davon gegenüber Gesellschaftern)	(16.832)	(16.832)	(0)	(0)	(92.880)	(92.880)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	76.017	6.017	70.000	60.000	71.928	1.920	70.008	60.000
(davon aus Steuern)	(5.296)	(5.296)	(0)	(0)	(887)	(887)	(0)	(0)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(7)	(7)	(0)	(0)	(30)	(30)	(0)	(0)
	471.742	179.909	291.833	216.667	552.047	148.595	403.452	204.333

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen mit 13.586 Tsd. € (Vj. 38.382 Tsd. €) Verbindlichkeiten aus der Ergebnisverwendung des Jahres 2021, mit 1.877 Tsd. € (Vj. 53.978 Tsd. €) sonstige Verbindlichkeiten und mit 1.369 Tsd. € (Vj. 520 Tsd. €) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten enthalten im Wesentlichen sonstige Darlehen inklusive Zinsverbindlichkeiten in Höhe von 70.387 Tsd. € (Vj. 70.386 Tsd. €).

PASSIVER RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält insbesondere Zuschüsse in Höhe von 96.391 Tsd. € (Vj. 89.489 Tsd. €) gemäß Niederdruckanschlussverordnung (NDAV), die über einen Zeitraum von 20 Jahren ertragswirksam in die Umsatzerlöse vereinnahmt werden.

In den Umsatzerlösen sind Erträge aus der Erstattung von Biogaskosten (auf Basis von Plankosten) durch den marktgebietsaufspannenden Netzbetreiber enthalten. Dem gegenüber stehen die tatsächlichen Kosten, die aus dem Betrieb der Biogasanschlüsse resultieren. Der die Kosten übersteigende Anteil des vereinnahmten Ertrags wurde zum 31. Dezember 2021 mit einem Bestand in Höhe von 1.736 Tsd. € (Vj. 2.956 Tsd. €) passivisch abgegrenzt. Die Auflösung erfolgt mit dem Plan-Ist-Abgleich der Biogaskosten, welcher in der Regel im zweiten Geschäftsjahr nach dem Bilanzstichtag durchgeführt wird.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

UMSATZERLÖSE

Die Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsjahres 2021 betragen 383.740 Tsd. € (Vj. 367.870 Tsd. €). Hierbei handelt es sich zum überwiegenden Teil um Umsatzerlöse aus Netzentgelten sowie um von den Transportkunden vereinnahmte Konzessionsabgaben. Die Umsatzerlöse entfallen vollständig auf das Inland.

Des Weiteren enthalten die Umsatzerlöse Erträge aus der Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten aus vereinnahmten Hausanschlussbeiträgen und Investitionszuschüssen für die Netzinfrastruktur in Höhe von 11.349 Tsd. € (Vj. 21.563 Tsd. €).

In den Netzentgelten sind Erlöse aus der Weiterwälzung von Kosten der vorgelagerten Netze enthalten.

In den Umsatzerlösen werden Erlöse aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung in Höhe von 11.625 Tsd. € (Vj. 9.373 Tsd. €) ausgewiesen, von denen 3.002 Tsd. € (Vj. 4.297 Tsd. €) periodenfremd sind. Der Mehr- und Mindermengenausgleich stellt für die Gesellschaft einen durchlaufenden Posten dar. Den Erlösen aus Mehr- und Mindermengen stehen Rückerstattungen an den Bilanzkreisnetzbetreiber gegenüber, die in den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren ausgewiesen werden.

Zudem sind periodenfremde Umsatzerlöse aus Netzentgelten in Höhe von 1.419 Tsd. € (Vj. 155 Tsd. €) und Konzessionsabgaben in Höhe von –34 Tsd. € (Vj. 125 Tsd. €) enthalten.

BESTANDSVERÄNDERUNGEN

Die Bestandsveränderungen betreffen hauptsächlich unfertige Leistungen für Rohrnetz- und Anlagentechnik.

ANDERE AKTIVIERTE EIGENLEISTUNGEN

In den anderen aktivierten Eigenleistungen sind in Höhe von 13.693 Tsd. € (Vj. 13.349 Tsd. €) Eigenleistungen im Zusammenhang mit der Errichtung von Rohrnetz- und Anlagentechnik ausgewiesen. Weiterhin sind in den anderen aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 35 Tsd. € (Vj. 94 Tsd. €) Eigenleistungen im Zusammenhang mit Softwarelösungen enthalten.

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

	2021	2020
	T€	T€
Auflösung von Rückstellungen	4.355	3.079
Boni, Gutschriften und Erstattungen aus Vorjahren	924	876
Erstattungen von Schäden	763	823
Erstattungen von Ergebnisbeteiligungen	598	466
Rückflüsse auf im Vorjahr ausgebuchte Forderungen	502	0
Sonstige Erstattungen	443	433
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	318	310
Entnahme von Rückstellungen	131	120
Periodenfremde Erträge	61	0
Übrige	504	700
	8.599	6.497

MATERIALAUFWAND

	2021	2020
	T€	T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	20.193	18.255
Bezogene Leistungen	177.268	173.455
	197.461	191.710
davon Periodenfremd	4.059	5.075

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren beinhalten unter anderem Aufwendungen aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung in Höhe von 11.625 Tsd. € (Vj. 9.373 Tsd. €), von denen 3.002 Tsd. € (Vj. 4.297 Tsd. €) periodenfremd sind.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betreffen im Wesentlichen Netzpachtaufwendungen und weitere Leistungen für Rohrnetze, Aufwendungen aus vorgelagerten Netzen sowie Ables- und Abrechnungsaufwendungen.

PERSONALAUFWAND

	2021	2020
	T€	T€
Löhne und Gehälter	42.071	41.191
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	11.144	10.165
(davon für Altersversorgung)	(2.056)	(1.911)
	53.215	51.356

Die Löhne und Gehälter beinhalten Aufwendungen für die Altersteilzeitregelung in Höhe von 1.767 Tsd. € (Vj. 1.936 Tsd. €).

ABSCHREIBUNGEN

Die Abschreibungen betreffen mit 1.410 Tsd. € (Vj. 1.549 Tsd. €) planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und mit 57.927 Tsd. € (Vj. 56.486 Tsd. €) planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen.

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

	2021	2020
	T€	T€
Geschäftsbesorgungen	9.032	8.824
IT-Leistungen und Hardwareleasing	8.300	8.138
Mieten	3.659	3.346
Büro-, Post- und Telefonaufwand	1.613	1.747
Versicherungen	1.562	1.588
Beratungs- und Abschlusskosten	1.503	1.264
Abgaben, Gebühren und Beiträge	1.472	1.344
Abfindungen	885	1.036
Sonstige Dienst- und Fremdleistungen	694	840
Leistungen für Grundstücke und Gebäude	616	499
Ausbuchungen, Wertberichtigungen und Rückflüsse	614	95
Weiterbildungen	490	414
Leasing	420	410
Altersteilzeit	218	713
Rechtsanwalts- und Notarkosten	218	309
Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Vertrieb	147	250
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	2.837	3.023
	34.280	33.840
davon periodenfremd	1	14

FINANZERGEBNIS

	2021	2020
	T€	T€
Erträge aus Beteiligungen	123	119
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	59	76
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(59)	(76)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	165	193
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(41)	(191)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.385	15.711
(davon an verbundene Unternehmen)	(255)	(268)
(davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen)	(441)	(417)
	-9.038	-15.323

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge resultieren im Wesentlichen aus Zinsen auf Gewerbe- und Umsatzsteuern für Vorjahre. In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind im Wesentlichen Zinsen für Investitionsdarlehen in Höhe von 8.636 Tsd. € (Vj. 14.232 Tsd. €) enthalten.

STEUERN

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beinhalten den Gewerbesteueraufwand für das laufende Geschäftsjahr in Höhe von 6.187 Tsd. € (Vj. 2.736 Tsd. €) sowie Gewerbesteuer für vorangegangene Jahre in Höhe von -653 Tsd. € (Vj. 2.440 Tsd. €).

Gemäß § 12.1 des Gesellschaftsvertrages vom 14. Dezember 2020 werden die auf steuerlichen Sonder- und/oder Ergänzungsbilanzen der jeweiligen Kommanditisten beruhenden Gewerbesteuerbelastungen bzw. -entlastungen diesen im Rahmen der Gewinnverteilung zugerechnet.

Der NBB sind nach weiteren gesellschaftsvertraglichen Regelungen der Gewerbesteueraufwand in Zusammenhang mit steuerlichen Sonder- und/oder Ergänzungsbilanzen sowie der Veräußerung des gesamten Kommanditanteils von den jeweiligen Kommanditisten zu erstatten. Für vorangegangene Jahre ergab sich eine periodenfremde Gewerbesteuerrückerstattung der NBB an die Kommanditisten in Höhe von 656 Tsd. € (Vj. -2.047 Tsd. €).

AUSSERBILANZIELLE GESCHÄFTE / SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Zum Bilanzstichtag bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 280.837 Tsd. € (Vj. 254.562 Tsd. €). Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen enthalten Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 91.041 Tsd. € (Vj. 65.570 Tsd. €) sowie gegenüber assoziierten Unternehmen in Höhe von 30.677 Tsd. € (Vj. 33.022 Tsd. €). Bestellobligos bestehen in Höhe von 39.692 Tsd. € (Vj. 33.343 Tsd. €).

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen im Wesentlichen die Netzpachtverträge mit der EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Michendorf, nachfolgend EMB genannt, und der SpreeGas

Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus, nachfolgend SpreeGas genannt, über die Wirtschaftsgüter des Gasnetzes inklusive Asset-Owner-Kosten sowie die Bestellung fester Netzkapazitäten in vorgelagerten Netzebenen.

Die NBB zieht aus den nachfolgenden Pachtverhältnissen die Finanzierungsvorteile, muss jedoch den Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen können:

Es bestehen Verträge über die Verpachtung der Wirtschaftsgüter der Gasnetze mit allen technischen Nebeneinrichtungen mit der EMB, SpreeGas, Netzgesellschaft Kyritz GmbH, Kyritz, Rathenower Netz GmbH, Rathenow, Netzgesellschaft Hohen Neuendorf GmbH & Co. KG, Hohen Neuendorf, und Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH, Hennigsdorf. Alle Verträge haben zum Stichtag eine Laufzeit zwischen einem und 15 Jahren.

Bei allen genannten Pachtverträgen trägt die NBB als Pächterin während der Laufzeit des Vertrages alle Kosten und Lasten in Bezug auf den Pachtgegenstand.

Für den überwiegenden Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NBB besteht eine Mitgliedschaft bei der VBL. Die VBL ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Zweckbestimmung es ist, Arbeitnehmern der beteiligten Arbeitgeber im Wege einer privatrechtlichen Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die VBL wird durch Umlagen finanziert. Der Umlagesatz für die VBL betrug im Geschäftsjahr 2021 für den Abrechnungsverband West 8,26 %. Davon leistet der Arbeitgeber 6,45 % und der Arbeitnehmer 1,81 %. Im Abrechnungsverband Ost betrug der Umlagesatz 1,0 %, den der Arbeitgeber trägt. Ferner wird im Abrechnungsverband Ost ein Beitrag im Kapitaldeckungsverfahren in Höhe von 6,25 % erhoben. Davon leistet der Arbeitgeber 2,00 % und der Arbeitnehmer 4,25 %. Das umlagepflichtige Entgelt betrug im Geschäftsjahr 29.958 Tsd. €.

Darüber hinaus besteht für die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz), nachfolgend SWF genannt, eine Mitgliedschaft beim Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg – Zusatzversorgungskasse. Die ZVK Brandenburg – Zusatzversorgungskasse – ist im Land Brandenburg die betriebliche Altersversorgung des kommunalen öffentlichen Dienstes. Die Finanzierung erfolgt weitestgehend analog den Regelungen der VBL (Umlage: 1,1 % vom Arbeitgeber, Zusatzbeitrag: jeweils 2,4 % für Arbeitgeber und Arbeitnehmer).

Für ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ehemaligen BEGA.tec GmbH, die unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages über das Sozialkassenverfahren im Baugewerbe fallen, werden als Form der überbetrieblichen Altersversorgung Arbeitgeberbeiträge im Rahmen der „Tarifrente Bau“ erhoben. Es handelt sich dabei um eine kapitalgedeckte Zusatzversorgung. Je nach Mitarbeitergruppe werden gem. des „Tarifvertrages über eine zusätzliche Altersversorgung im Baugewerbe (TZA Bau)“ unterschiedliche Festbeträge bzw. Beträge als Prozentwerte des Bruttolohnes zugesagt.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten zudem Miet- und Leasingkosten in Höhe von 44.721 Tsd. € (Vj. 46.768 Tsd. €).

Weitere Verpflichtungen beinhalten sonstige Dienstleistungsverträge, Wartungs- und Betriebsführungskosten, Geschäftsbesorgungen, Versicherungen, Abwicklung von Netzanschlussfragen, die noch nicht zugeführten Anteile von Ansammelrückstellungen sowie Verpflichtungen aus einem Sponsorenvertrag.

SONSTIGE ANGABEN

ANGABEN ZU FINANZDERIVATEN

Zum Bilanzstichtag bestanden die folgenden Zinsderivate:

	insgesamt (nominal)	davon mit einer Restlaufzeit bis 1 Jahr	Marktwert 31.12.2021
	T€	T€	T€
Zinsderivate	126.945	126.945	-3.680

Zur Absicherung des Zinsniveaus der variabel verzinslichen Darlehen werden Zinsswaps eingesetzt. Diese sind als Sicherungsinstrumente Bestandteil einer Bewertungseinheit (Portfolio-Hedge), wobei sich die Cashflow-Schwankungen im Geschäftsjahr 2022 grundsätzlich ausgleichen, da die Ausstattung der Sicherungsgeschäfte in Bezug auf ihren variablen Teil im Wesentlichen mit denselben Merkmalen wie das jeweilige Grundgeschäft vereinbart wurde. Die Marktwerte werden durch Diskontierung zukünftiger Zahlungsströme aus diesen Derivaten ermittelt.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Geschäftsführung obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin NBB GmbH.

Geschäftsführer der NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin sind:

Dipl.-Ing. (FH) Maik Wortmeier (Vorsitzender)
Technischer Bereich

Dipl.-Kfm. Frank Behrend
Kaufmännischer Bereich

Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

**MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER
IM JAHRESDURCHSCHNITT**

	2021	2020
Männer	572	564
Frauen	161	162
	733	726

KONZERNVERHÄLTNISSE

Der Jahresabschluss der NBB wird im Rahmen des von der GASAG für den kleinsten und größten Kreis von Unternehmen aufgestellten Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2021 als verbundenes Unternehmen vollkonsolidiert. Der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Zur Erstellung eines Konzernabschlusses war die NBB zum 31. Dezember 2021 nicht verpflichtet, da die GASAG in ihrer Eigenschaft als Konzernleitung zum 31. Dezember 2021 einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht mit befreiender Wirkung für die NBB erstellt. Die Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden des befreienden Konzernabschlusses folgen den für die Europäische Union gültigen International Financial Reporting Standards.

NACHTRAGSBERICHT

Durch die anhaltende COVID-19-Pandemie sind betriebliche, marktseitige und gesellschaftliche Herausforderungen hinzugekommen. Regeln für sichere Betriebsabläufe wurden aufgestellt und die Corona-Task-Force der GASAG-Gruppe setzte ihre Arbeit fort. Potenzielle Auswirkungen hieraus werden fortlaufend analysiert.

Des Weiteren sind nach dem Bilanzstichtag keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die wesentliche finanzielle Auswirkungen auf die Gesellschaft und deren zukünftige Geschäftstätigkeit haben.

ANGABEN ZUM GESAMTHONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Die Angaben für das im Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB erfolgen im von der GASAG aufgestellten Konzernabschluss.

GESCHÄFTE GRÖßEREN UMFANGS GEMÄSS § 6B ABS. 2 ENWG MIT VERBUNDENEN UND ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN

	2021
Verbundene und assoziierte Unternehmen als Auftraggeber	T€
Bauleistungen	25.017
Technische Betriebsführung	1.925
Dienstleistungen	499
IT- und telekommunikationsleistungen	257
Grundstücks- und Gebäudemieten sowie übrige Miet- und Pächterlöse	231
Geschäftsbesorgung	194

Auftraggeber waren die GASAG, die BAS Kundenservice GmbH & Co. KG, Berlin, nachfolgend BAS genannt, die SWF, die Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst, die KKI - Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin, nachfolgend KKI genannt, die SpreeGas, die EMB, die Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH, Hennigsdorf, die Rathenower Netz GmbH, Rathenow, die NGK Netzgesellschaft Kyritz GmbH, Kyritz und die Netzgesellschaft Hohen Neuendorf Gas GmbH & Co. KG, Hohen Neuendorf.

Die Bauleistungen beinhalten im Wesentlichen die investiven Maßnahmen für das Gasnetz der Asset Owner.

	2021
Verbundene und assoziierte Unternehmen als Auftragnehmer	T€
Geschäftsbesorgung	8.594
IT- und Telekommunikationsleistungen	5.662
Dienstleistungen	3.168
Grundstücks- und Gebäudemieten sowie übrige Miet- und Pächterlöse	810
Übernahme VA-Zahlungen	315

Auftragnehmer waren die GASAG, die BAS, die infrest, die KKI, die EMB und die WGI GmbH, Dortmund.

Zudem besteht ein Cash-Pooling-Vertrag mit der GASAG, in dessen Rahmen der NBB ein Kontokorrentkredit in Höhe von 40.000 Tsd. € zur Verfügung steht. Des Weiteren verzeichnet die NBB Pacht aufwendungen für die Gasnetze der Anteilseigner.


Die NBB übernimmt auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der GASAG für die Versorgungszusage gemäß der Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin (VA) anteilig die anfallenden laufenden Aufwendungen aus Pensionsverpflichtungen.

Berlin, 15. Februar 2022

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG



Maik Wortmeier
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH



Frank Behrend
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH

ANLAGENSPIEGEL

DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN,
FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01.–31.12.2021

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Restbuchwerte am			
	Anfangsstand	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Endstand	Anfangsstand	Abschreibungen im Geschäftsjahr	angesammelte Abschreibungen auf Abgänge der Spalte 4	Umbuchungen	Endstand	31.12.2021	Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres		
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände														
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	42.575	1.495	80	+	330	44.320	+	7.671	948	48	0	8.571	35.749	34.904
2. Geschäfts- oder Firmenwert	1.502	0	0		0	1.502		577	462	0	0	1.039	463	925
3. Geleistete Anzahlungen	434	348	0	/.	329	453	/.	0	0	0	0	0	453	434
	44.511	1.843	80	+	330	46.275	+	8.248	1.410	48	+	9.610	36.665	36.263
				/.	329						/.	0		
II. Sachanlagen														
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	37.474	864	13	+	45	38.370	+	9.915	921	13	0	10.823	27.547	27.559
2. Bauten auf fremden Grundstücken	5.053	2.263	0	+	238	7.554	+	2.643	194	0	0	2.837	4.717	2.410
3. Erzeugungs- und Bezugsanlagen	163	0	0		0	163	+	163	0	0	0	163	0	0
4. Verteilungsanlagen	1.249.730	57.829	2.003	+	12.409	1.317.965	+	561.481	54.896	1.865	/.	17	614.495	703.470
				U)	-22						U)	-17		
5. Andere technische Anlagen und Maschinen	2.321	0	0		0	2.321	+	1.992	69	0	0	2.061	260	329
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.747	3.605	1.026	+	821	19.147	+	10.245	1.847	980	+	17	11.129	8.018
				U)	22						U)	17		
7. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	18.248	12.488	93	/.	13.514	17.129		0	0	0	0	0	17.129	18.248
	1.328.736	77.049	3.135	+	13.513	1.402.649		586.439	57.927	2.858	+	17	641.508	761.141
				/.	13.514						/.	17		
III. Finanzanlagen														
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	170	0	0		0	170		0	0	0	0	0	170	170
2. Ausleihungen an verb. Unternehmen	3.338	0	300		0	3.038		3.150	0	300	0	2.850	188	188
3. Beteiligungen	1.281	0	0		0	1.281		0	0	0	0	0	1.281	1.281
4. Sonstige Ausleihungen	479	0	0		0	479		0	0	0	0	0	479	479
	5.268	0	300	+	0	4.968		3.150	0	300	+	0	2.850	2.118
	1.378.515	78.892	3.515	+	13.843	1.453.892		597.837	59.337	3.206	+	17	653.968	799.924
				/.	13.843						/.	17		

U) davon Umgliederungen innerhalb der Anlagengruppe

NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN

BILANZ

ZUM 31.12.2021 FÜR DIE TÄTIGKEITEN GASVERTEILUNG, ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN AN GASVERTEILUNG UND ELEKTRIZITÄTSVERTEILUNG

AKTIVSEITE	Gasverteilung		Energiespezifische Dienstleistungen Gasverteilung		Energiespezifische Dienstleistungen Elektrizitätsverteilung	
	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen	796.653	778.149	138	106	201	160
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	36.454	36.031	33	39	46	57
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	36.017	35.625	31	34	43	50
2. Geleistete Anzahlungen	437	406	2	5	3	7
II. Sachanlagen	759.751	741.680	101	62	149	95
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	28.863	28.848	0	0	0	0
2. Mietereinbauten	2.686	1.045	30	12	41	17
3. Verteilungsanlagen	703.470	688.249	0	0	0	0
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.630	5.385	69	39	105	61
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	17.102	18.153	2	11	3	17
III. Finanzanlagen	448	438	4	5	6	8
Sonstige Ausleihungen	448	438	4	5	6	8
B. Umlaufvermögen	91.671	154.858	14	28	55	55
I. Vorräte	1.555	4.029	0	2	0	8
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	130	114	0	0	0	0
2. Unfertige Leistungen	13.523	11.694	0	2	0	8
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	316	316	0	0	0	0
4. Erhaltene Anzahlungen auf Vorräte	-12.414	-8.095	0	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	90.110	150.822	14	26	55	47
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	36.462	23.029	0	0	0	0
davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr	1	1	0	0	0	0
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	47.704	26.378	6	25	48	46
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	26.824	11.882	1	23	42	42
davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr	0	0	0	0	0	0
davon gegen Gesellschafter	30.859	12.466	5	3	6	4
3. Sonstige Vermögensgegenstände	5.944	101.415	8	1	7	1
davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr	0	0	0	0	0	0
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	6	7	0	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3	19	0	0	0	0
Bilanzsumme	888.327	933.026	152	134	256	215

PASSIVSEITE	Gasverteilung		Energiespezifische Dienstleistungen Gasverteilung		Energiespezifische Dienstleistungen Elektrizitätsverteilung	
	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
A. Zugeordnetes Eigenkapital	242.947	243.479	36	28	111	116
B. Rückstellung	75.946	46.808	102	95	125	90
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.004	3.718	28	26	44	41
2. Steuerrückstellungen	303	113	0	0	0	0
3. Sonstige Rückstellungen	71.639	42.977	74	69	81	49
C. Verbindlichkeiten	471.586	550.282	12	11	17	9
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	374.067	379.924	0	0	0	0
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	152.234	46.480	0	0	0	0
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	804	1.509	0	0	0	0
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	804	1.509	0	0	0	0
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.011	5.091	4	1	4	1
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	3.011	5.091	4	1	4	1
4. Konten der Gesellschafter	13.586	38.382	0	0	0	0
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	13.586	0	0	0	0	0
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.221	53.530	0	5	0	0
davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	515	184	0	0	0	0
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	4.221	53.530	0	5	0	0
davon gegen Gesellschafter	3.237	52.971	0	0	0	0
6. Sonstige Verbindlichkeiten	75.897	71.846	8	5	13	8
davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr	5.897	1.846	8	5	13	8
davon aus Steuern	5.182	828	8	6	12	9
C. Rechnungsabgrenzungsposten	97.848	92.457	2	0	3	0
Bilanzsumme	888.327	933.026	152	134	256	215

NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1.1.2021 BIS 31.12.2021 FÜR DIE TÄTIGKEITEN GASVERTEILUNG UND ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN AN GAS- SOWIE ELEKTRIZITÄTSVERTEILUNG

	Gasverteilung		Energiespezifische Dienstleistungen Gasverteilung		Energiespezifische Dienstleistungen Elektrizitätsverteilung	
	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	375.377	357.870	555	604	839	876
2. Bestandsveränderungen	1.829	257	-2	0	-8	3
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	13.728	13.443	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	8.163	6.071	17	11	2	1
5. Materialaufwand	194.032	188.290	24	60	93	68
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	19.974	18.022	3	3	5	0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	174.058	170.268	21	57	88	68
6. Personalaufwand	48.777	47.481	561	595	777	843
a) Löhne und Gehälter	38.403	38.025	461	490	637	694
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	10.374	9.456	100	105	140	149
davon für Altersversorgung	2.025	1.880	8	8	12	12
7. Abschreibungen	59.079	57.791	31	31	44	45
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	33.455	32.977	8	5	20	23
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	165	193	0	0	0	0
davon aus verbundenen Unternehmen	41	191	0	0	0	0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.357	15.689	3	2	3	3
davon an verbundene Unternehmen	252	268	0	0	0	0
davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen	417	417	3	2	3	3
Ergebnis vor Steuern	54.562	35.606	-57	-78	-104	-102
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	6.126	-1.587	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	48.436	37.193	-57	-78	-104	-102
12. Sonstige Steuern	117	128	1	0	1	0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	48.319	37.065	-58	-78	-105	-102
13. Gutschrift / Lastschrift auf Gesellschafterkonten	-48.319	-37.065	58	78	105	102

ANHANG ZUM TÄTIGKEITSABSCHLUSS

DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG FÜR DIE TÄTIGKEITEN GASVERTEILUNG, ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNG AN DIE GASVERTEILUNG UND ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN AN DIE ELEKTRIZITÄTSVERTEILUNG

Im Berichtsjahr 2021 wird neben dem Tätigkeitsabschluss Gasverteilung, welches das Geschäft der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, als regulierter Netzbetreiber darstellt, auch das energiespezifische Dienstleistungsgeschäft (Betriebsführung) an die regulierten Sparten Gas- und Elektrizitätsverteilung der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst (Lausitz) ausgewiesen, um den neuen Anforderungen nach IDW ERS ÖFA 2 Rechnung zu tragen.

1. ABSCHREIBUNGSMETHODEN

Bezüglich der nach § 6b Abs. 3 Satz 7 EnWG geforderten Angabe zu den Abschreibungsmethoden wird auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Anhang des Jahresabschlusses verwiesen.

2. REGELN FÜR DIE ZUORDNUNG DER GEGENSTÄNDE DES AKTIV- UND PASSIV- VERMÖGENS SOWIE DER AUFWENDUNGEN UND ERTRÄGE ZU DEN GEMÄSS DEN SÄTZEN 1 BIS 4 DES § 6B ABS. 3 ENWG GEFÜHRTEN KONTEN

BILANZ

Die Verteilung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens auf die Tätigkeitsbereiche wird über eine eindeutige Kostenstellenzuordnung sichergestellt.

Die Zuordnung der übrigen Bilanzkonten auf die Tätigkeitsbereiche erfolgt bei eindeutiger Zuordnung direkt. Wenn die Konten nicht eindeutig einem der Tätigkeitsbereiche zugeordnet werden können, erfolgt eine Analyse der Einzelposten des Kontos des jeweiligen Gegenkontos in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn daraus auch keine eindeutige Zuordnung abgeleitet werden kann, dann erfolgt je nach Sachverhalt eine Aufteilung auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche auf Basis eines verursachungsgerechten Schlüssels.

Pensions- und andere Personalrückstellungen werden im Verhältnis des Personalaufwands geschlüsselt. Die Verbindlichkeiten werden im Wesentlichen direkt dem Tätigkeitsbereich zugeordnet. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Darlehensgebern sind vollständig dem Tätigkeitsbereich Gasverteilung zugeordnet.

Die Verteilung des Eigenkapitals erfolgt entsprechend der Einlagen der Gesellschafter. Die Aufteilung auf die Tätigkeiten für die einzelnen Gesellschafter wird entsprechend der erstmaligen Aufteilung der Einlagen vorgenommen.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Der Ausgangspunkt für die Gewinn- und Verlustrechnung der Tätigkeitsabschlüsse bildet die Profitcenterrechnung, wodurch die Jahresergebnisse in die Tätigkeitsbereiche Gasverteilung, Energiespezifische

Dienstleistung an Gas- und Elektrizitätsverteilung sowie Sonstige Tätigkeiten getrennt werden. Die Ergebnisse der Tätigkeiten Energiespezifische Dienstleistung an Gas- und Elektrizitätsverteilung sowie Sonstige Tätigkeiten sind direkt dem Gesellschafter GASAG Beteiligungs-GmbH, Berlin, zugeordnet.

Die Verrechnung der Leistungen zwischen den Tätigkeitsbereichen erfolgt auf Basis einer Stundenschreibung sowie der Umlage entsprechender Verwaltungsgemeinkosten über Aufträge mit einem Kostenpreis in die Tätigkeitsbereiche Verteilung und Sonstige Tätigkeiten.

Umsatzerlöse:

Die Zuordnung der Umsatzerlöse erfolgt nahezu vollständig direkt auf den jeweiligen Tätigkeitsbereich.

Materialaufwand:

Der wesentliche Teil der Materialaufwendungen wird über Profitcenter dem jeweiligen Tätigkeitsbereich direkt zugeordnet.

Personalaufwand:

Alle Mitarbeiter sind jeweils einem Profitcenter zugeordnet. Die Personalaufwendungen für die jeweiligen Mitarbeiter werden direkt auf den Profitcentern erfasst. Die Aufteilung nach Tätigkeitsbereichen erfolgt über eine Stundenschreibung.

Abschreibungen:

Der wesentliche Teil der Abschreibungen wird über Profitcenter dem jeweiligen Tätigkeitsbereich direkt zugeordnet und beinhaltet vorrangig Abschreibungen auf Gasverteilungsanlagen. Die Abschreibungen für die Energiespezifischen Tätigkeiten resultieren im Wesentlichen aus der Software sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Sonstiger betrieblicher Aufwand:

Die Verteilung des sonstigen betrieblichen Aufwandes erfolgt über die tätigkeitsspezifische Zuordnung der Profitcenter bzw. die verursachungsgerechte Verteilung mittels Schlüssel.

Aufwand für IT-Leistungen:

Aufwendungen für IT-Leistungen werden unter anderem unter Berücksichtigung der Anzahl der den einzelnen Profitcentern zugeordneten Benutzerprofile für die jeweiligen Anwendungen auf die Tätigkeitsbereiche verteilt.

Aufwand für Ertragsteuern:

Die tätigkeitsspezifische Aufteilung der Ertragsteuern erfolgt unter Berücksichtigung der erstellten Sonderbilanzen der einzelnen Kommanditisten sowie der Schlüsselung entsprechend dem Gewinn vor Steuern für die einzelnen Tätigkeiten.

3. HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

Haftungsverhältnisse bestehen zum Bilanzstichtag in diesem Tätigkeitsabschluss nicht.

4. ÄNDERUNG DER ZUORDNUNGSREGELN GEGENÜBER DEM VORJAHR

Es gab im Berichtsjahr keine Änderungen von Zuordnungsregeln gegenüber dem Vorjahr.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**AN DIE NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN****VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS****PRÜFUNGSURTEILE**

Wir haben den Jahresabschluss der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben

wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DER EINHALTUNG DER RECHNUNGSLEGUNGSPFLICHTEN NACH § 6B ABS. 3 ENWG

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Gasverteilung“, „Energiespezifische Dienstleistungen - Gasverteilung“ und „Energiespezifische Dienstleistungen – Elektrizitätsverteilung“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER FÜR DIE EINHALTUNG DER RECHNUNGSLEGUNGSPFLICHTEN NACH § 6B ABS. 3 ENWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob der Tätigkeitsabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entspricht.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Berlin, den 23. Februar 2022

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Thomas Schmid
Wirtschaftsprüfer

ppa. Jörg Beckert
Wirtschaftsprüfer

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

Ein Unternehmen der GASAG-Gruppe

EUREF-Campus 1-2
10829 Berlin

Telefon 030 81876-0
Fax 030 81876-3099
www.nbb-netzgesellschaft.de

HINWEIS ZUR SCHREIBWEISE MÄNNLICH / WEIBLICH

Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der männlichen und weiblichen Bezeichnungen verzichtet wurde.

HINWEIS

Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben etc.) auftreten.

LAYOUT UND SATZ

EKS – DIE AGENTUR
Energie Kommunikation Services GmbH, Berlin
www.eks-agentur.de

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

EUREF-Campus 1-2 · 10829 Berlin

Telefon 030 81876-0 · Fax 030 81876-3099

www.nbb-netzgesellschaft.de

Ein Unternehmen der GASAG-Gruppe

